

STANDPUNKTE DER CHEFVOLKSWIRTE

3. Juni 2016

Brexit: Zäsur für Europa

- Am 23. Juni stimmen die Briten über einen Verbleib in der EU ab. Der Ausgang des Referendums ist offen.
- Das Risiko eines Austritts Großbritanniens aus der EU bleibt ernst zu nehmen.
- Im Fall eines Votums zugunsten eines Brexit wird es zu langen und komplexen Verhandlungen kommen, in deren Zuge es zu Finanzmarkturbulenzen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen kann.
- Sowohl in Großbritannien als auch in der EU ist im Jahr 2017 mit einer erheblichen Wachstumsverlangsamung in Folge eines Brexit-Votums zu rechnen.
- Tendenziell würden Inner-EU-Finanzplätze wie Dublin, Frankfurt oder Paris von einem Brexit profitieren.
- Unabhängig vom Ausgang des Brexit-Referendums ist jedoch eine Debatte über die politische Zukunft Europas notwendig. Diese Debatte muss den Meinungsströmungen der Bürger Rechnung tragen und das Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten ergebnisoffen überprüfen.

Autoren:

Uwe Burkert - LBBW
Uwe Dürkop - Berliner Sparkasse
Folker Hellmeyer - Bremer Landesbank
Jochen Intelmann - Haspa
Dr. Ulrich Kater - DekaBank
Dr. Jürgen Michels - BayernLB
Dr. Cyrus de la Rubia - HSH Nordbank
Dr. Gertrud Traud - Helaba
Torsten Windels - NORD/LB
Dr. Michael Wolgast - DSGV

Koordination:

Dr. Reinhold Rickes - DSGV
dsgv-volkswirtschaft@dsgv.de

Brexit: Zäsur für Europa

Das Risiko eines Brexit, also eines Austritts Großbritanniens aus der EU, ist auch nach den Verhandlungen auf dem EU-Gipfel Mitte Februar weiterhin sehr ernst zu nehmen. Dabei hatte der britische Premierminister David Cameron bei dem Gipfel mit den Staats- und Regierungschefs der anderen 27 EU-Staaten nach einem zweitägigen Kraftakt ausgehandelt, dass der bisherige Sonderstatus für sein Land manifestiert und an einigen Stellen etwas ausgeweitet wird.

So erhält Großbritannien die Möglichkeit, mit Hilfe einer „Migrations-Notbremse“ die Sozialleistungen für neu ins Land kommende EU-Migranten für maximal vier Jahre einzuschränken. Auch wurde vereinbart, dass EU-Länder, die Kindergeld in andere EU-Staaten überweisen, die Zahlungen künftig an die dortigen Lebenshaltungskosten anpassen können. Auf Druck aus London sollen darüber hinaus die nationalen Parlamente gestärkt werden. Schließlich gab es auch noch ein symbolisches Zugeständnis an Großbritannien: So soll es nicht zu einer weiteren politischen Integration verpflichtet sein. Nach den Verhandlungen setzte der Premier den Termin für das Referendum auf den 23. Juni 2016 fest.

Die Ergebnisse des Gipfels wurden im Vereinigten Königreich kontrovers diskutiert und unterschiedlich bewertet. Cameron selbst kündigte nach dem „Deal“ an, für einen Verbleib in der EU zu werben. Innenministerin Theresa May sowie Schatzkanzler George Osborne unterstützen ihn dabei. Allerdings gibt es auch prominenten Widerstand aus den eigenen Reihen. So machen sich vier Minister aus dem Kabinett Camerons für einen Austritt aus der EU stark – darunter auch der gemäßigte Justizminister Michael Gove. Ursprünglich waren es sogar fünf, Arbeits- und Sozialminister Iain Duncan Smith kündigte Mitte März völlig überraschend seinen Rücktritt an. Zudem verkündete der beliebte und einflussreiche Bürgermeister Londons, Boris Johnson, unmittelbar nach dem Gipfel, sich ebenfalls der „Leave“-Kampagne anzuschließen.

Brexit-Abstimmungsergebnis bleibt bis zum 23. Juni 2016 offen

In der Wirtschaft befinden sich die Unternehmen mehrheitlich – gerade auch die Verbände – und insbesondere der Finanzsektor im pro-europäischen Lager. Das „Establishment“ spricht sich eher für die EU-Mitgliedschaft aus, aber es gibt durchaus gewichtige Wirtschaftsvertreter, die für den Austritt werben. Im Gegensatz zu den klassischen Banken stehen Teile der Hedgefondsbranche im Brexit-Lager – durchaus aus Eigeninteresse, um keiner EU-Regulierung zu unterliegen. Sie verfügen über finanzielle Mittel, die Kampagne der EU-Gegner zu unterstützen. Zudem sind Teile der Medien nicht europafreundlich eingestellt.

Der Ausgang des Referendums ist offen

Während in aktuellen Online-Umfragen die Befürworter und Gegner eines EU-Austritts ungefähr gleichauf liegen, signalisierten die Telefonumfragen bisher eher ein Bild zugunsten eines Verbleibs in der EU (siehe Abbildung 1). Die Wettermärkte setzen dagegen auf einen Verbleib Großbritanniens in der EU (Wahrscheinlichkeit rund 85%). Insbesondere aufgrund der weiterhin hohen Anzahl an Unentschiedenen ist der Ausgang des Referendums aber noch immer völlig offen.

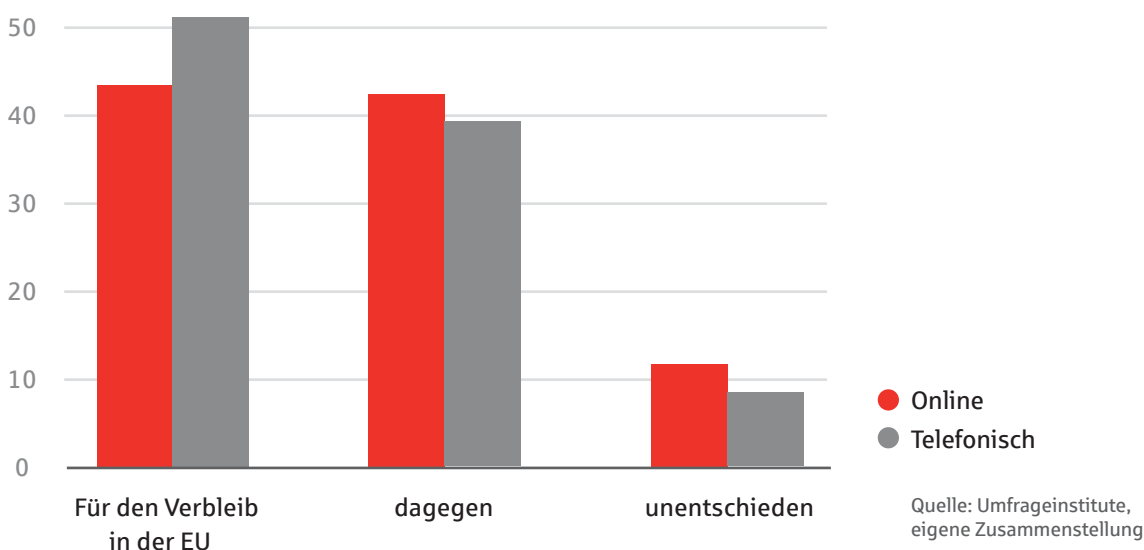
Mit Boris Johnson als Anführer der „Leave-Kampagne“ dürfte das Referendum teilweise zu einem persönlichen Duell mit Cameron werden. Dies dürfte die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erhöhen und somit auch die Wahlbeteiligung ansteigen lassen. Je höher aber die Wahlbeteiligung ist, desto höher könnte auch die Unterstützung für den Status quo, also für den Verbleib in der EU, ausfallen, da die überzeugten EU-Gegner (ca. 20% der Wahlberechtigten) auf jeden Fall an der Abstimmung teilnehmen dürften. Dass eine passive Mehrheit der Bevölkerung letztlich den Status Quo favorisieren dürfte - der sogenannte „Status Quo Bias“ - wird dadurch erklärt, dass trotz zunehmender Unsicherheit über die Zukunft der EU (Flüchtlings- und Schuldenkrise) die Sorgen vor wirtschaftlichen und politischen Risiken im Brexit-Fall überwiegen.

So hat der „Flirt“ mit dem Brexit das britische Pfund bereits seit Anfang März deutlich abwerten lassen, und Frankreich hat den Briten gedroht, im Falle eines Austritts aus der Union die Grenzkontrollen nach Großbritannien einzustellen; dann könnten die Flüchtlinge aus Calais ungehindert nach Großbritannien gelangen.

Flirt mit Brexit belastet deutsches Pfund

Abbildung 1 - Aktuelle Umfragen: In der EU bleiben?

Meinungsdurchschnitt der letzten vier Umfragen, in Prozent



Rein rechtlich ist ein Austritt problemlos möglich

Rein rechtlich ist ein Austritt Großbritanniens aus der EU nach dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 problemlos möglich. Nach Art. 50 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) kann jeder Mitgliedstaat im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten. Darüber hinaus sind auch die Modalitäten des Austrittsprozederes rechtlich geregelt.

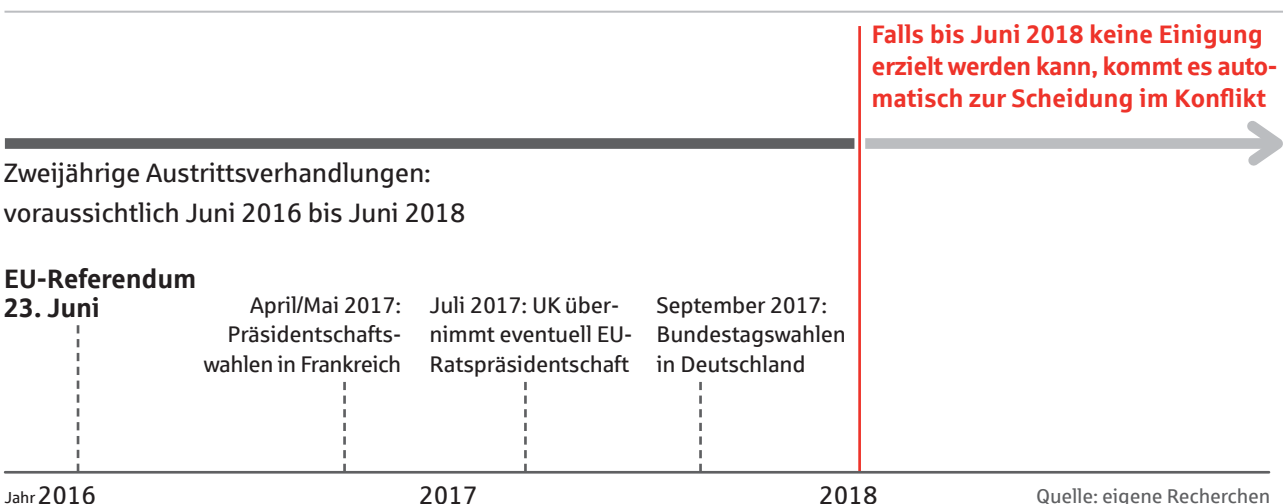
Austritt rechtlich möglich

Die EU handelt mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts sowie die künftigen Beziehungen mit der EU aus (z.B. weitere Teilnahme am Binnenmarkt). Das Abkommen wird im Namen der EU durch den Europäischen Rat beschlossen, wobei der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments abstimmt. Die EU-Verträge finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder anderenfalls zwei Jahre nach der Mitteilung keine Anwendung mehr. Eine Verlängerung dieser Frist ist nur bei einem einstimmigen Beschluss der Mitgliedstaaten im Europäischen Rat im Einvernehmen mit dem betroffenen Austrittsstaat möglich.

Brexit würde mit „zweijähriger Scheidungsphase“ beginnen

Mit dem Beginn der Verhandlungen hat der betroffene Staat bei Entscheidungen des Europäischen Rates oder des Rates der EU kein Stimmrecht mehr. Das ist mit Blick auf die Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2017 eine bemerkenswerte Situation: Großbritannien dürfte im Rat nicht mitstimmen, hätte aber (nach der bisher geltenden Agenda) für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrat.

Abbildung 2 - Zeitplan der möglichen „Scheidungsverhandlungen“



Wichtig ist, dass der Austritt aus der EU nur von der Regierung des Landes gestellt werden kann. Von daher obliegt es der britischen Regierung, den Austritt zu beantragen. Daher besteht die Möglichkeit, dass die Regierung

bei einer knappen Brexit-Mehrheit keinen Austritt beantragt. Politisch ist das jedoch nur schwer vorstellbar, auch wenn dies derzeit sehr intensiv in Großbritannien diskutiert wird. Schwierig dürften dagegen mögliche Austrittsverhandlungen angesichts der politischen Rahmenbedingungen werden (siehe Abbildung 2).

Im Brexit-Fall müssen EU-Handelsbeziehungen neu ausgehandelt werden

Sollten sich die Briten am 23. Juni tatsächlich für einen Austritt aus der EU entscheiden, müssen die Handelsbeziehungen Großbritanniens zur EU neu ausgehandelt werden. Bislang hat sich der Handel des Vereinigten Königreichs mit allen Partnern stets im Durchschnitt positiv entwickelt. Dies gilt auch gerade für den Handel mit der EU einschließlich Deutschland. Ob dieser Trend auch nach einem Brexit anhalten würde, bleibt abzuwarten.

Handelsbeziehungen müssen bei Brexit auf neue Grundlage gestellt werden

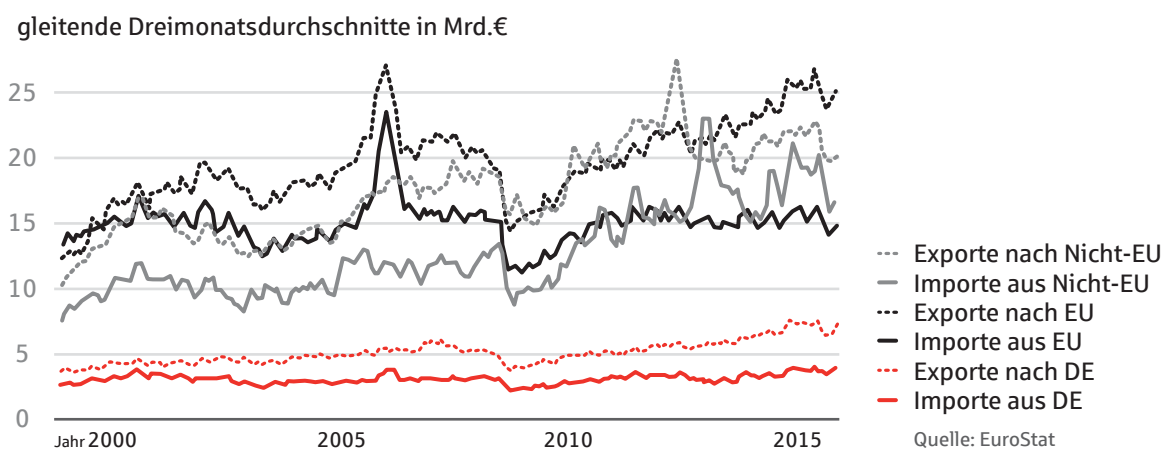
Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Vereinigte Königreich nach den Verhandlungen mit der EU einen beschränkten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt mit den vier Grundfreiheiten freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit sowie freier Kapital- und Zahlungsverkehr erhalten wird. Gerade jene letzten beiden sind für Großbritannien besonders wichtig, da der Wertschöpfungsanteil des britischen Dienstleistungssektors (v.a. Finanzdienstleister) relativ groß ist.

Handelsbeziehungen bislang intensiv ...

So ist es beispielsweise vorstellbar, dass bestimmte Branchen, in denen ein intensiver Handel zwischen Großbritannien und der EU stattfindet (z.B. Chemie, Maschinenbau, Kfz), sowie Teile der Dienstleistungen und des Kapital- und Zahlungsverkehrs weiterhin Teil des Binnenmarkts bleiben, Großbritannien im Gegenzug aber für Einschränkungen bei der Migration auch Einschnitte in anderen Bereichen – wahrscheinlich im Finanzsektor – hinnehmen müsste.

... offen, wie Handel sich im Fall Brexit entwickelt

Abbildung 3 - Außenhandel des Vereinigten Königreiches



Sowohl für die Länder der EU als auch für die Briten würde bei dieser Lösung der Handel keinen allzu großen Schaden nehmen, und Großbritannien könnte die Migration begrenzen. Immerhin kamen 2015 53,6% der britischen Importe aus der EU. Umgekehrt gingen 44,4% der Exporte des Vereinigten Königreichs in die Länder der EU (siehe hierzu auch Abbildung 3).

Ein Brexit dürfte den Wirtschafts- und Finanzstandort UK schwächen

Unabhängig vom Ausgang des Referendums am 23. Juni ist im Vorfeld der Abstimmung mit größerer Volatilität beim Pfund und Schwankungen am Aktienmarkt zu rechnen. Die Unsicherheit und Zurückhaltung der Investoren dürfte bis zum Tag der Entscheidung zunehmen – insbesondere wenn sich in den Umfragen in den nächsten Tagen doch noch ein stärkerer Trend in Richtung Ausstieg abzeichnen sollte.

Die politischen und wirtschaftlichen Folgen eines Brexit für Großbritannien könnten weitreichend sein: So ist davon auszugehen, dass die EU-freundlichen Schotten ein erneutes Unabhängigkeitsreferendum einfordern und sich wohl in der Folge vom Vereinigten Königreich abspalten werden. Aufgrund der Verunsicherung über den künftigen Status der Beziehungen zur EU dürfte kurzfristig sowohl der Londoner Leitindex FTSE abstürzen als auch das britische Pfund massiv abwerten, denn die hohen Leistungsbilanzdefizite des Vereinigten Königreichs (2015: knapp 5% gemessen am BIP) machen die Währung besonders anfällig für Schocks. In der Folge wäre mit einem deutlichen Anstieg der Inflation zu rechnen. Im Fall, dass die Bank of England zur Währungsstabilisierung mit Zinserhöhungen reagieren würde, wäre auch mit einem Wirtschaftseinbruch, zumindest aber mit einer konjunkturellen Eintrübung, zu rechnen.

Kursschwankungen des britischen Pfund

Großbritannien würde in der Übergangsphase zwar noch EU-Mitglied bleiben und somit am Binnenmarkt uneingeschränkt teilnehmen, so dass sich der Außenhandel weitgehend ungestört fortsetzen könnte. Jedoch gibt es in dieser Phase eine enorme Unsicherheit, wie die gesetzlichen Regelungen im Anschluss aussehen würden. Mehr als 10.000 Regulierungen in Großbritannien stammen derzeit von der EU. Diese müssten quasi renationalisiert werden, was zumindest einen erheblichen bürokratischen Aufwand, also vor allem Zeit, erfordern würde. Hinzu müssten mehr als 30 Handelsabkommen mit Ländern jenseits der EU neu ausgehandelt werden.

Unsicherheiten und Volatilität im Falle des Brexit zu erwarten

Diese Lähmung würde vor allem die Unternehmensinvestitionen erheblich beeinträchtigen. Der private Konsum würde – wenn auch unterproportional – unter einer dann schwächeren Arbeitsmarktentwicklung und der erhöhten Unsicherheit leiden. Das britische Bruttoinlandsprodukt dürfte merklich langsamer wachsen. In Abhängigkeit von der globalen konjunkturellen Entwicklung ist auch eine Rezession nicht ausgeschlossen.

Langfristig ist Standortpolitik entscheidend

Insgesamt dürfte der Wirtschafts- und Finanzstandort Großbritannien durch einen Austritt aus der EU an Bedeutung verlieren – zumindest bis klar ist, wie die künftigen Beziehungen zur EU aussehen werden. Nach einem Ausscheiden aus der EU wären viele britische Finanzunternehmen wahrscheinlich zu Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle genötigt. Soweit der Zugang zum Finanzmarkt der EU – abhängig von den Trennungvereinbarungen – schwieriger würde, fielen hier Geschäftsmöglichkeiten weg. Tendenziell würden Inner-EU-Finanzplätze wie Dublin, Frankfurt oder Paris von dieser Entwicklung profitieren, eine längere Phase der Unsicherheit über den zukünftigen Status des Vereinigten Königreichs dürfte diesen Prozess forcieren.

Finanzindustrie vor Anpassung

Ein Bedeutungsverlust des Wirtschafts- und Finanzstandorts Großbritannien bzw. London könnte auch Auswirkungen auf den britischen Immobilienmarkt haben. Im schlimmsten Fall könnte, in Verbindung mit einer Rezession sowie steigenden Inflationsraten und Zinsen, der Immobilienmarkt unter Druck geraten.

Umgekehrt ergäben sich neue Geschäftsfelder dadurch, dass Großbritannien mit anderen Regulierungen Alternativen für Finanzgeschäfte bieten könnte, die weltweit – auch aus der Europäischen Union heraus – Nachfrage finden würden. Wie der Netto-Effekt dieser Entwicklungen für die britische Finanzindustrie mittelfristig aussähe, ist nicht vorauszusagen.

Langfristig hinge der neue Wachstumspfad sowohl in Großbritannien als auch in der Europäischen Union jedoch vor allem von der künftigen Wirtschaftspolitik in den jeweiligen Wirtschaftsräumen ab. Dass eine Befreiung des Vereinigten Königreichs von europäischen Regeln das Land auf einen höheren Wachstumspfad heben kann, halten wir zwar für unwahrscheinlich. Umgekehrt halten wir aber auch nach einer Ablösung Großbritanniens die Wirtschaftspolitik in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilweise weiterhin für dringend verbesserungsbedürftig, um den Wachstumspfad zu steigern. Dies könnte jedoch in Zukunft im politischen Prozess in Brüssel nach dem Rückzug der eher marktwirtschaftlich orientierten Briten deutlich schwieriger durchzusetzen sein.

Großbritannien als eine treibende Kraft im EU-Reformprozess

Die negativen Folgen eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU wären aber somit nicht auf Großbritannien beschränkt. So dürfte auch der Euro geschwächt aus einem Votum für einen Brexit hervorgehen. Zudem würde eine wirtschaftliche Schwächephase im Vereinigten Königreich auch negative Auswirkungen auf die meisten anderen Länder Europas haben – insbesondere auf diejenigen, die enge Handelsbeziehungen zu Großbritannien pflegen (u.a. Deutschland).

Der (drohende) Brexit – Menetekel für die EU?

Neben den wirtschaftlichen Folgen eines möglichen Brexits könnten die politischen Folgen noch viel weitreichender sein. Im Hinblick auf die sehr schwierigen Verhandlungen im Umgang mit der Flüchtlingskrise oder auch die weiter schwelende Verschuldungskrise im Euroraum ist das politische Eis in Europa bereits sehr dünn, und in vielen Ländern sind EU-kritische Parteien auf dem Vormarsch. So wird in anderen Ländern, wie bspw. in Dänemark, die Brexit-Debatte sehr intensiv verfolgt. Wie das UK nutzt Dänemark ebenfalls nicht den Euro und bezieht weniger Mittel aus dem EU-Budget, als es einzahlt. Sollte sich Großbritannien am 23. Juni tatsächlich für einen Austritt aus der Gemeinschaft entscheiden, könnte dies eine Art Blaupause auch für andere Länder darstellen und einen Dominoeffekt auslösen.

Gefahr weiterer Austritte ...

Drastische negative Wachstumskonsequenzen für Europa würden sich mittel- und langfristig aus der Ablösung Großbritanniens nur dann ergeben, wenn die Sezession weitere Austritte von Mitgliedstaaten der EU nach sich zieht und im Zuge dessen sich der europäische Binnenmarkt langsam auflösen würde. Die Verhinderung eines Vorbildeffekts schafft im Übrigen auch einen Anreiz für die EU, in potentiellen Austrittsverhandlungen mit dem UK hart zu bleiben und Zugeständnisse an den „Leaver“ zu vermeiden. Dies verstärkt aber möglicherweise die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen eines Brexit erheblich.

Insgesamt dürfte das politische Risiko im Falle eines Austritts Großbritanniens aus der Union spürbar ansteigen. Dies dürfte sich in steigenden Risikoprämien für europäische Assets auswirken und zu Kapitalabflüssen aus der EU und dem Euro-Raum führen. In der Folge dürfte auch der Euro gegenüber dem US-Dollar und anderen nicht-europäischen Währungen an Wert verlieren. Vor dem Hintergrund einer bereits jetzt gesteigerten Risikowahrnehmung gerade dem europäischen Bankensystem gegenüber kämen auf Notenbanker und Finanzminister in der EU große Herausforderungen zu, mit verbalen sowie expliziten Maßnahmen die Finanzstabilität aufrecht zu erhalten.

... Standort Europa könnte bei einem Brexit an Relevanz verlieren

Eine Destabilisierung der europäischen Institutionen wäre insbesondere deswegen von enormer Bedeutung, weil damit auch die Europäische Währungsunion berührt wäre, die zum reibungslosen Funktionieren umgekehrt auf eine weitere Vertiefung der politischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten angewiesen ist. Es wäre also von großer Bedeutung, durch geeignete Maßnahmen deutlich zu machen, dass die britische Entscheidung einen absoluten Sonderfall innerhalb der Europäischen Union darstellt und keine Nachahmer findet.

Europa zusammen mit Großbritannien weiter entwickeln

Ökonomisch bedeutete ein Austritt Großbritanniens aus der EU ein mühseliges und mit kurz- und langfristigen Kosten für beide Seiten verbundenes Vorhaben. Im besten Fall sind die größten Anpassungen auf beiden Seiten nach einigen Jahren abgeschlossen. Weder werden danach die Volkswirtschaften in Armut versinken, noch ist diesseits oder jenseits des Ärmelkanals aufgrund der Trennung mit blühenden Landschaften zu rechnen. Doch die eigentliche Bedeutung eines Brexit liegt auf politischer Ebene. Schließlich würde damit zum ersten Mal seit Beginn der europäischen Nachkriegs-Einigungspolitik ein Land dieser Politik eine komplette Absage erteilen.

Wenn die Europäische Union „in Gefahr“ ist, wie es der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, kürzlich formulierte¹, dann deswegen, weil Europa derzeit über die Frage einer weiteren, immer engeren Integration gespalten ist. Solange die Zusammenarbeit in Europa in den vergangenen Jahrzehnten ausschließlich wirtschaftliche Aspekte betraf, konnte die Diskussion um die politischen Zielrichtungen der Union vernachlässigt werden. Spätestens mit der Gründung der Europäischen Währungsunion war dies jedoch nicht mehr möglich, weil eine Währungsunion – insbesondere mit sehr heterogenen Mitgliedern – eine enorme Sogwirkung hin zu intensiver finanzpolitischer Integration ausübt. Spätestens jetzt bedarf es daher einer breiten Diskussion über die künftigen Ziele und die Aufstellung der politischen Ordnung in Europa, an deren Ende eine Anpassung der europäischen Verträge einschließlich der Zustimmung der europäischen Völker stehen muss.

Aktuell muss es als Warnung für alle überzeugten Europäer gelten, dass eine immer engere Politische Union Europas die Bürger zunehmend überfordert und das Einreißen von traditionell stabilen nationalen Säulen der Wirtschafts- und Finanzpolitik schlussendlich die Architektur des gesamten vereinten Europas gefährdet. Es bleibt ein europapolitisches Gebot ersten Ranges, gerade jetzt der Eigenverantwortung Vorzug vor gemeinschaftlicher Solidarität einzuräumen. Dies kann mit einer Stärkung des Subsidiaritätsgrundsatzes erreicht werden. Denn nur wenn jede Regierung, jeder Mitgliedstaat seine eigenen Stärken zur Geltung bringen kann, werden die Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt und damit auch die Solidität Europas gestärkt. Gerade deshalb müssen in der Europäischen Währungsunion die Mechanismen zu einer effektiven und verstärkten Koordinierung auch wirklich angewendet werden.

Insgesamt muss Europa einen neuen Anlauf unternehmen, um starke und für die Bürger wirklich greifbare Grundlagen der Gemeinsamkeit Europas zu schaffen. Dabei wird es gerade in Zeiten unterschiedlicher politischer und

Neue politische Ordnung für Europa...

... engere politische Union Europas ist falscher Weg

Koordinierung in Europa verbessern

¹ Siehe z.B. <http://www.welt.de/politik/ausland/article149696117/Die-Europaeische-Union-ist-in-Gefahr.html>

wirtschaftlicher Entwicklungen immer wichtiger werden, in vielen Politikbereichen mehrere Geschwindigkeiten der Integration und auch temporäre Rückschritte zuzulassen. Dies stärkt die Architektur Europas und führt zu mehr Akzeptanz bei den Bürgern. Der europäische Zusammenhalt sollte auch dadurch gestärkt werden, dass die Regeln zu allen politischen Bereichen auf guten europäischen Grundlagen gehärtet werden müssen. So könnte z.B. der ESM zu einem richtigen Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, um klare Verantwortlichkeiten bei Zahlungsbilanzkrisen zu schaffen.

Bürgernähe erhöhen und mehrere Geschwindigkeiten zulassen

Wir glauben nicht, dass die Europäische Union ohne Großbritannien stabiler würde, weil die übrigen Länder leichter auf eine politische Integration hinarbeiten könnten. Dazu werden die Problemthemen und Vorbehalte, die die Briten in die gegenwärtige europäische Debatte einbringen (Anordnung von politischen Zuständigkeiten, Einwanderung, Verhältnis der Euro-Mitglieder zu den Nicht-Mitgliedern innerhalb der Europäischen Union), von zu vielen politischen Kräften in Europa geteilt. Unabhängig davon, wie sich die Briten am 23. Juni entscheiden, bleibt daher eine Debatte über die politische Zukunft Europas notwendig. Diese Debatte muss tief in den Gesellschaften der Mitgliedstaaten verankert sein und Mitgestaltungsmöglichkeiten der europäischen Bevölkerungen bei der Frage ermöglichen, wie sich Europa in den kommenden Jahrzehnten weiter entwickeln soll.

Debatte über Europa notwendig

Impressum

Herausgeber

Deutscher Sparkassen- und Giroverband
Abteilung Volkswirtschaft und Finanzmärkte
Charlottenstraße 47
10117 Berlin

Telefon: 030 20225-5300
DSGV-Volkswirtschaft@DSGV.DE
www.DSGV.de

Gestaltung

Franz Metz, Berlin

Bildnachweis

Seite 1: Plainpicture

Verantwortlich

Dr. Michael Wolgast – DSGVO
Michael.Wolgast@DSGV.DE

Koordination

Dr. Reinhold Rickes
Reinhold.Rickes@DSGV.DE

Hinweis

Alle Publikationen dieser Reihe finden Sie unter
[http://www.dsgv.de/de/fakten-und-positionen/
Standpunkte_Chefvolkswirte.html](http://www.dsgv.de/de/fakten-und-positionen/Standpunkte_Chefvolkswirte.html)